

„112“ muss bekannter und besser werden

04.12.07, 12:02 Uhr

Petitionen an Parlamente in Brüssel und Stuttgart

Mit einer Petition an das Europäische Parlament soll die Implementierung des einheitlichen Euro-Notrufs „112“ für Rettungsdienst und Feuerwehr vorangetrieben werden. Die von der „European Emergency Number Association“ (EENA) eingereichte Petition fand die Zustimmung der Mehrheit der Abgeordneten und wird nun von der EU-Kommission weiter bearbeitet. Erste Maßnahmen sollen eine Evaluierung des Standes der Einführung der „112“ in den Mitgliedsstaaten sowie die Steigerung des Bekanntheitsgrades der Notrufnummer bilden. Wie die EENA bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der Bürgerinitiative Rettungsdienst und dem Forum Notfallrettung im Stuttgarter Europazentrum mitteilte, bestehen europaweit zudem noch erhebliche Qualitätsmängel bei der Notrufbearbeitung. So musste z.B. eine Mitarbeiterin des Europaparlaments am Stadtrand von Brüssel eineinhalb Stunden auf den Rettungsdienst warten, weil der Leitstellendisponent weder französisch, englisch noch deutsch sprach und auch den Standort der Anruferin nicht feststellen konnte.



Tjark Neinhardt vom Forum Notfallrettung, Landtagspräsident Jörg Döpfer und Eberhard Schif von der Bürgerinitiative Rettungsdienst (v.l.)

Eine zweite Petition wurde von Bürgerinitiative und Forum an den Präsidenten des baden-württembergischen Landtages übergeben. Darin wird gleichfalls gefordert, die „112“ als einzige Notrufnummer der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in dem südwestlichen Bundesland festzuschreiben – was nach Meinung beider Organisationen trotz entsprechender Empfehlungen des Arbeits- und Sozialministeriums immer noch zu schleppend geschieht. Es sollen aber auch die Integrierte Leitstelle als Regelleitstelle verankert und die Qualifikation des Leitstellenpersonals verbessert werden. Darüber hinaus verlangt die Petition die Einführung der Funktion eines „Ärztlichen Leiters Rettungsdienst“ nach dem Vorbild der anderen Bundesländer und Maßnahmen zur Verbesserung der klinischen Notfallversorgung sowie die Schaffung eines gemeinsamen Hilfeleistungsgesetzes für die Bereiche Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz. Besonders im Visier hat das Forum Notfallrettung dabei die 15-minütige Hilfsfrist in Baden-Württemberg. „Durch Verkürzung von Melde-, Dispositions-, Ausrück- und Anfahrtszeit sollten wir einen Standard wie in Nordrhein-Westfalen erreichen, wo die Hilfsfrist acht Minuten beträgt“, erklärte Forums-Mitglied und Rettungsassistent Sven Reder. (POG)